

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

15. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Januar 2001, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

in Vertretung von Uwe Eichelberg

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Dr. Heiner Garg (F.D.P.)

in Vertretung von Christel Aschmoneit-Lücke

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Anhörung zur begleitenden Tätigkeit der Regionalbeiräte bei der Durchführung des Regionalprogramms 2000</b>	<b>4</b>
hierzu: Umdrucke 15/670, 15/674, 15/675, 15/676	
<b>2. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG</b>	<b>11</b>
hier: <b>Anmeldung zum 30. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/581	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>12</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/572	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>9, 12</b>

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Anhörung zur begleitenden Tätigkeit der Regionalbeiräte bei der Durchführung des Regionalprogramms 2000**

hierzu: Umdrucke 15/670, 15/674, 15/675, 15/676

Der stellv. Vorsitzende des Regionalbeirats Ostholstein/Lübeck, Herr Lohr, berichtet über die Erfahrungen mit der Durchführung des Regionalprogramms 2000 auf der Grundlage des vorliegenden Umdrucks 15/675. Der Regionalbeirat Ostholstein/Lübeck wünschte es sich, dass den regionalen Förderprioritäten bei der Projektauswahl ein höheres Gewicht beigemessen werde, und ein Problem sehe man darin, dass es keine regionale Beteiligung an den Sitzungen der ressortoffenen Steuerungsgruppe gebe. Man sehe insoweit einen Handlungsbedarf bei der stärkeren Berücksichtigung regionaler Prioritäten in der Projektauswahl zum Beispiel durch die Änderung des Status der Regionalvertreter in der IMAG von einer beratenden Mitgliedschaft ohne Stimmberechtigung in eine Mitgliedschaft mit Stimmberechtigung. Weiter sehe man Handlungsbedarf bei der Sicherstellung einer regionalen Beteiligung in der ressortoffenen Steuerungsgruppe, bei der Schaffung eines fairen Ausgleichs in der Projektförderung zwischen und auch innerhalb der Förderregionen durch stärkere Berücksichtigung des Ausgleichszieles in Form verstärkter Förderung von Projekten in strukturschwachen ländlichen Räumen, weiter in der Realisierung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen klassischen Infrastrukturprojekten und innovativen Projekten.

Für den Regionalbeirat der Region Westküste gibt Herr Dr. Klimant die Stellungnahme ab, die im Umdruck 15/670 enthalten ist. Darüber hinaus merkt er an, dass man in den IMAG-Sitzungen zunehmend eine Tendenz dahin feststelle, dass sehr großer Wert auf innovative technologische Projekte gelegt werde. Dies sei im Grundsatz zwar in Ordnung, aber man müsse bei der Förderung derartiger Projekte immer darauf achten, für welche Region sie gefordert würden. Häufig handele es sich hierbei um Dinge, die einem Universitätsstandort in einem Ballungszentrum leichter fielen als einem ländlichen Raum. Deswegen sei der ländliche Raum nicht weniger innovativ, aber er habe eben andere Bedürfnisse, die in vielen Fällen noch im Bereich der Basisinfrastruktur lägen. Insofern gebe es hier in den ländlichen Regionen durchaus einmal Infrastrukturprojekte, die anderenorts leicht belächelt würden wie etwa Radwege- oder Waldwegeinfrastruktur oder auch ein ganz „normales“ Gewerbegebiet, das unter der

Überschrift Arbeitsplatzsicherung, Ausnutzung der Potenziale eine große Rolle spielen. In diesen Regionen sei ein Gewerbegebiet der Punkt, an dem es Betrieben, die ohnehin schon peripher genug lägen, ermöglicht würde, sich am Ort auszuweiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ebenso verlange der ganz wichtige Wirtschaftszweig des Tourismus permanent die Schaffung von Infrastruktur, die dem zunehmenden Wettbewerb auch innerhalb Deutschlands Rechnung trage. Der große Wunsch des Regionalbeirats der Region Westküste sei es mithin, die Projekte jeweils für die Regionen zu bewerten und den Wettbewerb nicht von der Herkunft der Projekte loszulösen.

Die Verfahrensweisen in der Entscheidungsfindung sollten nicht komplizierter und verlängert werden. Es gebe die funktionierenden Vorfilter im Regionalbeirat, es gebe den intensiven Dialog mit dem Fachressort, bis die Vorlagen zur IMAG gelangten, wo dann die Möglichkeit bestehe, alle noch offenen Fragen zu klären. Damit sollte das Verfahren auch abgeschlossen sein und es sollte nicht noch künstlich dadurch verlängert werden, dass man eine zusätzliche Runde einziehe, in der für die Region auch gar keine Chance mehr bestehe, zu Bewertungen und Fragen, die dort noch auftauchten, originär Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende des Regionalbeirats für die Region K.E.R.N., Herr von Ancken, berichtet von seinen bisher kurzen Erfahrungen, weil er das Amt als Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde erst vor einem halben Jahr übernommen habe, dass er es doch erlebt habe, dass es abweichende Entscheidungen der IMAG zu den Voten aus der Region gegeben habe. Im Übrigen bewertet er das Verfahren der Entscheidungsfindung - bis auf die Ebene der ressortoffenen Steuerungsgruppe auf Staatssekretärebene - als zu schwerfällig. Leider habe er auch feststellen müssen, dass es auch in der IMAG vorkomme, dass die Ressorts zum Teil divergierende Auffassungen verträten. Dies wirke auf ihn manchmal so, als gingen die Vertreter der Landesregierung „nicht koordiniert“ in die IMAG-Sitzungen hinein. Dies bedauere er deswegen besonders, weil er die Auffassung vertrete, dass die Zahl der Etappen bis zur Entscheidungsfindung im Interesse der betroffenen Regionen und der Beteiligten reduziert werden könnte.

Zum „Wettbewerb der Ideen“, der das auch von ihm, von Ancken, anerkannte Ziel habe, Innovationen nach vorn zu bringen, sei doch anzumerken, dass man sich durchaus die Frage stellen müsse, was eine noch so hochwertige Projektidee nütze, wenn in der jeweiligen Region der „Bodensatz“, die Substanz wirtschaftsnaher Infrastruktur fehle. So sei auch ein ganz normales Gewerbegebiet, das jedoch von regionaler Bedeutung sei, „Gold wert“ und einfach erforderlich. Hier habe er, von Ancken, aus der Sicht des Regionalbeirates für die Region K.E.R.N. doch ein wenig die Sorge, dass im Vergleich zu der besser strukturierten Ostküste des Landes ein Ost-West-Gefälle und damit einhergehend ein strukturpolitisches Problem für

die benachteiligte Westküstenregion auftrete. Obwohl auch er davon ausgehe, dass die Regierung dieses Problem kenne, dominiere im Regionalprogramm der innovative Ansatz. Er wolle an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich dafür plädieren, auch die konventionellen Gewerbegebiete dann, wenn sie nicht nur kommunale Bedeutung, sondern regionale Bedeutung hätten, nicht aus dem Blick zu verlieren.

Für den Regionalbeirat der Region Flensburg/Schleswig trägt der amtierende Beiratsvorsitzende, Herr Stell, die Stellungnahme, die in Umdruck 15/674 wiedergegeben ist, vor. Er hebt dabei unter anderem die besondere Bedeutung des Regionalprogramms für die finanzschwache Region Flensburg/Schleswig hervor und zieht eine überwiegend positive Bilanz der bisher in der Region umgesetzten Programme. Das vom Beirat in der Region Flensburg/Schleswig praktizierte Verfahren, das in der schriftlichen Stellungnahme beschrieben wird, habe sich in den vergangenen Jahren sehr bewährt. Gleichwohl dürfe nicht verkannt werden, dass weiterhin Handlungsbedarf in der Region Flensburg/Schleswig bestehe, die wirtschaftlichen Disparitäten zu anderen Regionen in Schleswig-Holstein abzubauen und den Strukturwandel durch die Modernisierung der Wirtschaft zu unterstützen.

In der folgenden Aussprache sieht sich Abg. Schmitz-Hübsch zunächst in Ihrer Auffassung bestätigt, dass man bei allen Forderungen nach innovativen Projekten in der Wirtschaftsstruktur die konventionellen Betriebe nicht vergessen dürfe. Sie nimmt sodann Bezug auf den Bericht der Landesregierung zum Programm „ziel“, Drucksache 15/220, vom 29. Juni 2000, in dem auf Seite 29 ausgeführt werde, dass neben dem Veto des für das RP 2000 zuständigen Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr auch das Finanzministerium aus haushaltsrechtlichen Gründen gegen einzelne Beschlüsse der IMAG ein Veto einlegen könne. Sei hieraus schon eine Einschränkung der ebenfalls in dem Bericht zum Auswahl- und Förderverfahren getroffenen Formulierung „Entscheidung in Partnerschaft“ zu folgern, gelte dies erst recht angesichts der Tatsache, dass nunmehr die Steuerungsgruppe auf Staatssekretärebene die endgültige Auswahlentscheidung treffe.

AL Rocca erklärt zunächst, dass alle Staatssekretäre der Ressorts zu der ressortoffenen Steuerungsgruppe gehörten und dass von diesem Gremium die endgültigen Entscheidungen der Landesregierung bezüglich des Regionalprogramms, aber auch zu den Programmen „ziel“, „ZAL“ und ASH getroffen würden. Nach den bisherigen Erfahrungen könne man sagen, dass die Entscheidungen der Steuerungsgruppe unmittelbar nach den Beschlussfassungen durch die IMAG getroffen worden seien und dass sie stets 1 : 1 mit den Beschlüssen der IMAG ausgefallen seien.

Im Folgenden diskutieren die Vorsitzenden der Regionalbeiräte mit den Ausschussmitgliedern Einzelheiten der Auswahl und Förderung von Projekten, die sich auch in den schriftlichen Stellungnahmen niedergeschlagen haben. In diesem Zusammenhang lenkt unter anderem Herr von Ancken den Blick auf die Zeit nach dem Auslaufen des Regionalprogramms, die Jahre 2006/2010, und spricht in diesem Zusammenhang die Befürchtung aus, dass sich mit der dann fertig gestellten A 20, der Elbquerung, der Fehmarnbeltquerung der Süden Schleswig-Holsteins vom Norden abkoppeln könne. Angesichts dieses Szenariums appelliert er an die politischen Kräfte, Schleswig-Holstein im Wettbewerb der Regionen, im Wettbewerb zu den anderen Bundesländern, aber auch zu den europäischen Regionen nach vorn zu bringen.

Ausgelöst durch den Gedanken von Herrn von Ancken fragt die Vorsitzende, Abg. Strauß, inwieweit die Ressorts der Landesregierungen auch Planungen von Logistikzentren entlang der A 20 berücksichtigten. - RL Dr. Haass erinnert im Zusammenhang mit der Ausweisung von Gewerbegebietsflächen an Autobahnen an ein Beispiel in Flensburg, wo aktuell eine große Fläche gefördert worden sei. Auch kenne er ähnliche Entwicklungen im Kreis Rendsburg-Eckernförde, sodass er davon ausgehe, dass dieser Punkt von den Ressorts bereits gesehen werde.

Abg. Schmitz-Hübsch kommt unter dem Gesichtspunkt „politischer Einflussnahme“ noch einmal auf die ressortoffene Steuerungsgruppe zurück und vertritt die Auffassung, dass zur Sicherstellung dieses Einflusses auch die Einbeziehung von Landtagsabgeordneten hilfreich sein könne. Sie fragt sodann nach dem aktuellen Mittelabfluss und danach, ob die EU-Mittel für das Regionalprogramm, die in den Haushalt 2001 eingestellt worden seien, inzwischen bewilligt worden seien. Des Weiteren möchte sie wissen, inwieweit für die geplante Berufsbildungsstätte der Firma Fielmann/Schloss Plön Programmmittel beantragt worden seien.

AL Rocca erwidert, dass auf der Basis des EPPD dem Land von der EU jetzt nach acht Monaten das Verhandlungsmandat erteilt worden sei. Dies bedeute noch keine Genehmigung, sondern zeige, dass die EU eine Reihe weiterer Fragen und Klarstellungswünsche habe, die nunmehr verhandelt würden. Ein Zeitpunkt für die Genehmigung könne nach wie vor noch nicht genannt werden. Aber dennoch sei auch an dieser Stelle zu betonen - wie schon im Rahmen der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 6. Dezember 2000 -, dass hierdurch das Land nicht am Handeln gehindert werde.

RL Dr. Haass verweist zum aktuellen Mittelabfluss auf die den Ausschussmitgliedern vorliegenden Projektlisten, Umdruck 15/676, und führt sodann aus, dass die danach eingruppierten 1 a-Projekte (mit Freigabe/ohne Freigabe zur Bewilligung) ein Bewilligungsvolumen von knapp 180 Millionen DM ausmachten. Hier handele es sich um die Projekte, die einen

„Vertrauensschutz“ entsprechend den bisherigen Beschlüssen der IMAG erhalten hätten. - Beim angesprochenen Projekt „Schloss Plön“ müsse mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 40 Millionen DM gerechnet werden, mithin bei 50 % Förderung mit 20 Millionen DM aus dem Regionalprogramm. Diese 20 Millionen DM müssten ausschließlich aus GA-Mitteln finanziert werden.



Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

An dieser Stelle teilt die Vorsitzende, Abg. Strauß, dem Ausschuss mit, dass sie M Dr. Rohwer gebeten habe, „außerplanmäßig“ zu im Kreis Segeberg aufgetretenen Irritationen bezüglich Meldungen zur A 20 Stellung zu nehmen.

Abg. Schröder übt Kritik an diesem Verfahren und weist darauf hin, dass die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung einvernehmlich gebilligt worden sei, dass dabei von der Vorsitzenden aber nicht darauf hingewiesen worden sei, dass sie den Minister gebeten habe, im Zusammenhang mit Pressemeldungen zur A 20 an dieser Stelle Ausführungen zu machen. - Die Vorsitzende, Abg. Strauß, räumt insoweit ein Versäumnis ein. - Es besteht Einvernehmen, ein derartiges Missverständnis in Zukunft auszuschließen.

M Dr. Rohwer erklärt sodann, dass seine Sprecherin gestern klargestellt habe, dass seine Aussage, bis 2011 durchgängig die A 20 von der A 1 bis zu einer festen Elbquerung westlich von Hamburg fertig zu stellen, stehe. Dies sei von ihm, M Dr. Rohwer, auch nirgends infrage gestellt worden. Er habe im Wirtschaftsausschuss im Oktober auch erklärt - so M Dr. Rohwer auf einen Vorhalt der Vorsitzenden, Abg. Strauß -, dass die Teilabschnitte dieses gesamten Stückes eine unterschiedliche verkehrliche Dringlichkeit hätten. Das Stück, das jetzt in Bau sei, habe die größte Dringlichkeit. Die nächste Dringlichkeit sei die, dass man von der A 1 in Richtung Bad Segeberg jetzt so schnell wie möglich plane und fertig werde, damit der Anschluss an die A 20 erreicht werde und damit zwischen Kiel und Lübeck eine schnelle Verbindung bestehe.

Eine ähnlich hohe Dringlichkeit - so fährt M Dr. Rohwer fort - habe das Stück zwischen der A 7 und der Elbquerung. Deswegen plane man hier parallel mit dem Ziel, eine frühestmögliche Entscheidung über die Trassenführung zu bekommen - er habe auch im Wirtschaftsausschuss immer gesagt, dass dies Anfang 2002 der Fall sein solle - und dann so schnell wie möglich auch die planerische und bauliche Durchführung zu erreichen. Er habe weiter gesagt, von den insgesamt vier Abschnitten habe der letzte Abschnitt zwischen der A 21 und der A 7, dieser Lückenschluss, verkehrlich eine nachrangige Bedeutung. Dies bedeute aber nicht, dass man die Realisierung hier nicht bis 2011 erreichen wolle; denn das Ziel müsse sein, durchgängig auf der A 20 bis zur Elbquerung zu fahren. Innerhalb dieses Gesamtzeitraumes von elf Jahren

plane man - wie ebenfalls bekannt - zum Teil parallel und zeitversetzt. Auch die Pressemeldung seines Hauses vom gestrigen Tage sei insoweit völlig klar.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, spricht an dieser Stelle sodann die Äußerungen von M Dr. Rohwer - ebenfalls in der Oktober-Sitzung des Ausschusses - an, dass die A 20 im Streckenabschnitt Landesgrenze - A 1 nicht nur im Bau sei, sondern plangemäß 2003 bei der A 1 durchgängig, von Osten kommend, angeschlossen werde. Nach ihrem Kenntnisstand, habe es dort noch bei der Planfeststellung und von Bau könne keine Rede sein. - M Dr. Rohwer erwidert, bezüglich der ersten Dringlichkeitsstufe des Abschnittes A 1 bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern befinde sich ein erster Abschnitt im Bau; dieser Abschnitt werde voraussichtlich Ende des Jahres fertig gestellt. Der zweite Bauabschnitt sei in der Planfeststellung. Diese Planfeststellung verlaufe programmgemäß, was auch heiße zeitgleich mit Mecklenburg-Vorpommern, und Ende dieses Monats oder Anfang Februar werde der Planfeststellungsbeschluss stehen und verkündet. Insoweit sei man hier voll im Zeitplan und die Aussage bleibe bestehen, dass die Fertigstellung dieses Abschnittes 2003 erfolgen werde.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, erklärt an dieser Stelle, dass sie Wert darauf lege, dass sie hier einen Widerspruch auch nicht gesehen habe zwischen der Pressemeldung in der „Segeberger Zeitung“ und dem, was M Dr. Rohwer in der Oktober-Sitzung des Ausschusses gesagt habe, sondern zwischen der gestrigen Pressemitteilung des MWTV und den Ausführungen des Ministers in der Oktober-Sitzung. Für den Planfeststellungsbeschluss zum Bereich Elbquerung habe M Dr. Rohwer damals das Datum 2007 und demzufolge als Baubeginn 2007/spätestens 2008 genannt. Bei einer kalkulierten Bauzeit von fünf Jahren bedeute dies die Fertigstellung 2012/2013.

M Dr. Rohwer erinnert in seiner Replik daran, dass ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses unmittelbar nach der damaligen Sitzung eine Pressemeldung herausgegeben habe, in der es geheißen habe, dass der Verkehrsminister nun erst 2011 das gesamte Stück fertig stellen wolle. Wenn er also im Oktober so verstanden worden sei, dass der gesamte Streckenabschnitt der A 20 2011 und nicht 2010 fertig gestellt werden sollte, könne es mithin auch nicht sein, dass er im Ausschuss so verstanden worden wäre, dass der gesamte Abschnitt 2011 nicht fertig sein würde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG  
hier: Anmeldung zum 30. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe  
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/581

hierzu: Umdruck 15/581

Ref. Liebthal führt in die Vorlage ein und erklärt sodann, dass sich gegenüber der vorliegenden Drucksache 15/581 inzwischen zwei Änderungen ergeben hätten. Hierbei gehe es zum einen darum, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Haushalt 2001 das Innovationsassistenten-Programm gestrichen worden sei. Dieses Programm sei aus der GA finanziert worden. Insofern hätten die entsprechenden Hinweise auf Seite 10 der Vorlage gestrichen werden müssen.

Zum anderen werde der Rahmenplan zukünftig bundeseinheitlich auch Angaben zu den geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätzen enthalten, die von Frauen besetzt seien. In den Förderergebnissen des Landes für 1999 entfielen bereits 263 Arbeitsplätze auf Frauen und 21 auf Auszubildende. Insofern sei ein entsprechender Hinweis in die Förderergebnisse 1999 - Seite 19 der Vorlage - aufgenommen worden.

In der folgenden kurzen Aussprache vermisst Abg. Schmitz-Hübsch in der Vorlage Hinweise auf die Bedeutung des Schienenverkehrs an der Westküste. Sie bittet, eine entsprechende Formulierung mit in die Beschlussempfehlung an das Plenum aufzunehmen.

Einstimmig spricht der Ausschuss sodann die Empfehlung an den Landtag aus, die Drucksache 15/581 mit der Maßgabe zur Kenntnis zu nehmen, dass

- der Hinweis auf das Innovationsassistenten-Programm gestrichen wird,
- in die Förderergebnisse 1999 aufgenommen wird, dass bereits 263 Arbeitsplätze auf Frauen und 21 auf Auszubildende entfallen, und
- die Anmeldung um eine Formulierung zur Bedeutung des Schienenverkehrs an der Westküste ergänzt wird.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/572

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss schließt sich ohne Aussprache der Beschlussempfehlung des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, dem Landtag vorzuschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/572, unverändert anzunehmen.

\* \* \*

An dieser Stelle setzt der Ausschuss die Beratungen zu Punkt 4 der Tagesordnung fort:

**Verschiedenes**

a) Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schlägt vor, der CeBIT 2001 einen Besuch abzustatten. - Als Termin hierfür kommt nach Auffassung der Ausschussmitglieder entweder der 26. März oder der 28. März infrage. Die Ausschussmitglieder werden über den endgültigen Termin in ihrer nächsten Sitzung am 14. Februar befinden, fassen an dieser Stelle aber schon den grundsätzlichen Beschluss, den Präsidenten des Landtages um Genehmigung dieser Reise zu bitten.

b) Die Vorsitzende, Abg. Strauß, informiert die Ausschussmitglieder davon, dass der stellv. Vorsitzende, Abg. Müller, in einem Schreiben an den Direktor der Technologiestiftung Schleswig-Holstein einen Besuch des Ausschusses bei der Stiftung für Mai oder Juni d.J. angeregt habe, um sich dort über Konzeptionen und Schwerpunkte der Technologiestiftung informieren zu lassen. - In einer kurzen Aussprache tendieren die Ausschussmitglieder dahin, von einem Besuch bei der Stiftung abzusehen, sich aber im Rahmen der Behandlung des Be-

richtes der Landesregierung zur Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999, Drucksache 15/326, die für den 25. April d.J. vorgesehen ist, vom Direktor der Stiftung über die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte berichten zu lassen.

c) Des Weiteren teilt die Vorsitzende mit, dass zum Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Konsequenzen aus der Havarie „Pallas“, Drucksache 15/532, für den 28. Februar vom federführenden Ausschuss eine gemeinsame Sitzung geplant sei. Es besteht Einvernehmen, an dieser Sitzung zusammen mit dem Innen- und Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss teilzunehmen.

d) Vom MWTV wird den Ausschussmitgliedern das von Abg. Eichelberg in der Sitzung am 19. Dezember 2000 erbetene Gutachten zur Organisation des öffentlichen Nahverkehrs in Schleswig-Holstein an die Hand gegeben.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer